

# Pressedienst

## Landesregierung setzt die Präsenzpflcht aus – und stiehlt sich damit aus der Verantwortung



**(06.01.2021)** Die VBE Hessen kommentiert die Entscheidung der Landesregierung, die Präsenzpflcht für die Jahrgangsstufen 1–6 auszusetzen, kritisch. „Das Versprechen, dass das Lernangebot für Kinder, die zu Hause bleiben gleichwertig ist mit dem Unterricht in der Schule, geht völlig an der Realität vorbei und weckt schon wieder Erwartungen bei den Eltern, die nicht erfüllt werden können“, stellt Stefan Wesselmann, der Landesvorsitzende des Verbands Bildung und Erziehung (VBE) Hessen klar.

Denn beim Lernen auf Distanz ist es zwar noch möglich, Kindern Aufgaben zu schicken, die dem Wiederholen und Vertiefen des gelernten Stoffs dienen. „Doch es ist kaum noch möglich, den Kindern auf diesem Weg neue Inhalte beizubringen, also eine Einführung in ein Thema zu geben und wichtige Regeln oder Ähnliches zu erklären“, erläutert der VBE-Landesvorsitzende.

### Live-Stream – mit welcher Technik?

Ein Live-Stream aus dem Unterricht, wie ihn der Kultusminister als eine Möglichkeit für den „gleichwertigen“ Unterricht nannte, ist an den allermeisten Grundschulen kaum denkbar: Nach wie vor fehlt die technische Infrastruktur – und die Verteilung der Notebooks an bedürftige Schüler/innen ist längst nicht abgeschlossen, an vielen Schulen sind die Notebooks noch nicht einmal angekommen.

Mit dem Anspruch auf Bildungsgerechtigkeit lässt es sich nicht vereinbaren, im Klassenraum Unterricht nach Plan zu machen, während ein Teil der Schüler/innen zu Hause selbstständig arbeiten muss – und das über einen Zeitraum von drei Wochen.

### Ganz oder gar nicht: das Prinzip für die Grundschule?

Anders als mit dem beschlossenen Distanzunterricht ab Jahrgangsstufe 7, den der VBE Hessen nachvollziehen kann, bringt die Aussetzung der Präsenzpflcht keinen klaren Gewinn im Sinne des Gesundheitsschutzes. Wesselmann kritisiert, dass die Entscheidung über den Schulbesuch der Kinder in den Jahrgängen 1 bis 6 in die Verantwortung der Eltern gegeben wird: „Das Ziel, Gesundheitsschutz und Bildungsgerechtigkeit unter einen Hut zu bringen, erreicht man nicht, indem der Unterrichtsbesuch ins Belieben der Eltern gestellt wird. Hier stiehlt sich die Landesregierung aus der Verantwortung.“

Der VBE Hessen verweist auf das Wechselmodell, nach welchem im Mai für zwei Wochen die Viertklässler in geteilten Gruppen unterrichtet wurden. „Aber für die Grundschule scheint die Politik nur noch das Prinzip GANZ ODER GAR NICHT zu kennen.“ Einmal mehr weist der VBE Hessen darauf hin, dass die ohnehin benachteiligten Kinder und Jugendlichen die Verlierer in der Pandemie sind.